

AUF DEM WEG ZUR KULTURSCHULE

EINIGE ASPEKTE ZUR AUSWERTUNG DER FACHTAGUNG AM 6. UND 7. MÄRZ 2009 IN BERLIN

Max Fuchs, 26.03.2009

1. Für die BKJ ist die Forderung nach einer flächendeckenden Einführung von Kulturschulen ein konsequenter nächster Schritt zur Verbesserung der kulturellen Bildung angesichts gesellschaftlicher und bildungspolitischer Entwicklungen. Eine Kulturschule im Sinne der BKJ ist von ihrem Ansatz her zwar nicht neu – im Gegenteil dazu gibt es bereits eine ganze Reihe von Schulen, die dieses besondere Etikett verdienen würden.
2. Der Gedanke einer Kulturschule ist offensichtlich attraktiv, selbst wenn man noch nicht so ganz genau weiß, was eine solche Kulturschule eigentlich ist. Hier hat die Tagung einiges an Klarheit gebracht, zumal die zusammen mit der Tagung erschienenen Publikationen, nämlich Heft 3 des Magazins „Kulturelle Bildung“ (Thema: Kulturelle Schulentwicklung) als auch die Arbeitshilfe „Mit Kunst und Kultur Schule gestalten“ zahlreiche Präzisierungen dieses Konzeptes enthalten. Damit hat man zwar noch keinen Masterplan, nach dem man exakt Kulturschulen konstruieren kann. Es ist allerdings auch nicht mehr so, dass es sich hierbei um ein völlig diffuses Konzept handelt.
3. Das Konzept ist allerdings so attraktiv, dass man inzwischen besorgt sein muss, dass es zu viele Heilserwartungen auf sich zieht. So waren in den letzten beiden Tagen folgende Herausforderungen genannt worden, die man mit Hilfe eine Kulturschule vielleicht meistern könne:
 - Die Bildungskrise, die zu meistern ist;
 - Die Benachteiligung bestimmter Schülergruppen, die abgebaut werden soll;
 - Die Zufriedenheit von Lehrerinnen und Lehrern, die gesteigert werden soll;
 - Das Wohlbefinden von Schülerinnen und Schülern, das so gesteigert werden soll, dass junge Leute nichts lieber tun, als in die Schule zu gehen.Es liegt auf der Hand, dass bei einer so hohen Messlatte dieses Schulkonzept nur scheitern kann, so dass es nunmehr darum geht, realistische Reformziele zu formulieren.
4. Die Schule ist kein isolierter Raum. Gerade angesichts der nunmehrigen Finanz- und Wirtschaftskrise, in der wieder einmal die Gefahr besteht, dass die Zukunft der Heranwachsenden aufs Spiel gesetzt wird, braucht man eine sozialpolitische Absicherung der

vitalen Lebensbedürfnisse der Menschen in Deutschland. Bildungs- und Schulpolitik können nicht ohne eine entsprechende Sozialpolitik funktionieren. Dies gilt insbesondere für eine Schule, die ein dichtes Netz von Partnerschaften mit außerschulischen Partnern hat. Denn diese werden zu einem großen Teil über Mittel der Sozialpolitik (z. B. der Jugendhilfe) gefördert.

5. Es hat gerade in der Zusammenarbeit von schulischer und außerschulischer Pädagogik in den letzten Jahren eine Reihe von hochinteressanten Projekten gegeben, die quasi auf der Mikro-Ebene der Lehr-/Lernsituationen Erkenntnisse über eine subjektorientierte Pädagogik produziert und in einzelnen Schulen vermittelt haben. Die BKJ wird versuchen, sich weiterhin an solchen Projekten zu beteiligen und ihre Ergebnisse zu popularisieren.
6. Auch weiterhin wird ein wichtiger Schritt bei der Entwicklung von Kulturschulen darin bestehen, gelingende Kooperationen zwischen Schulen und außerschulischen Kulturträgern herzustellen. Dies bedeutet, dass die Problemstellung des früheren Modellprojekts „Kultur macht Schule“, nämlich Gelingensbedingungen für gute Partnerschaften, weiterhin aktuell bleibt. Das Qualitätstableau, das seinerzeit entwickelt wurde, steht weiterhin auf dem Prüfstand, wird weiterhin seinen Nutzen beweisen müssen bei der Planung solcher Kooperationen und wird sicherlich auch weiterentwickelt werden.
7. Trotz der in der ersten These formulierten Behauptung, dass nunmehr die Konturen der Kulturschule ein bisschen deutlicher geworden sind, als sie dies vor einiger Zeit noch waren, wird man weiterhin an dem Konzept einer Kulturschule arbeiten müssen. Insbesondere ist bei der Tagung deutlich geworden, dass es doch eine Vielfalt unterschiedlicher Verständnisweisen von „Kunst“ und „Kultur“ gibt.
8. Eine ganze Reihe von Schulen hat sich schon auf den Weg gemacht, das Ziel einer Kulturschule zu erreichen. Es kommt nunmehr darauf an, aus diesen vorliegenden Erfahrungen zu lernen, d. h. zu überprüfen, ob und welche Erfahrungen auf andere Schulen übertragbar sind. Aus diesem Grund planen wir in der BKJ nunmehr eine Zusammenstellung von Fallstudien, wobei es uns darauf ankommen wird, nicht eine Reihe idealtypischer Schulen vorzustellen, die in der Praxis nur eine abschreckende Wirkung erzielen würde, sondern wir suchen nach solchen Schulen, die sich auf den Weg gemacht haben und zumindest in einzelnen Bereichen die Mühen der Ebenen beschritten haben.
9. Weiterhin suchen wir nach Partnern aus dem Wissenschaftsbereich. Wir haben – so denke ich – mit Olaf-Axel Burow einen solchen Partner gefunden. Wir haben allerdings auch festgestellt, dass

nicht alle vorhandenen ausformulierten theoretischen Konzepte von Schulentwicklung so ohne weiteres auf unser spezifisches Anliegen anwendbar sind. Wir werden daher nach weiteren passenden Partnern suchen.

10. Eine hochinteressante Entwicklung findet im Moment insofern auf Länderebene statt, als zunehmend Arbeitsstellen wie etwa die Arbeitsstelle „Kulturelle Bildung in Schule und Jugendarbeit in Nordrheinwestfalen“ oder die entsprechende Arbeitsstelle in Hessen eingerichtet werden. Ein nächster Schritt könnte daher darin bestehen, diese zunächst auf Landesebene operierenden Arbeitsstellen miteinander auf Bundesebene zu vernetzen.

11. Ein letzter Punkt: Bei der Entwicklung eines Konzeptes von Kulturschule und bei der Suche nach Umsetzungsmöglichkeiten hat die englische Erfahrung des Arts Council of England und dort insbesondere die Initiative „Creative Partnerships“ eine gewisse Rolle gespielt. Es könnte nunmehr sein, dass über das Thema kulturelle Schulentwicklung uns etwas gelingen könnte, was uns bisher noch nicht sonderlich gut gelungen ist: Nämlich einen europäischen Interessensverbund zur kulturellen Bildung zu gründen, der nicht bloß für grenzüberschreitenden Erfahrungstransfer sorgen kann, sondern der vielleicht auch als politische Lobby-Organisation bei der Europäischen Union in Brüssel vorstellig werden könnte.